

rupten Praktiken. Danach sollen transnationale Unternehmen vom Zahlen jeglicher Bestechungsgelder absehen und Buch führen über Zahlungen, die in Verbindung mit Geschäftsverhandlungen an Amtsträger oder Vermittler erfolgen. Der Abschnitt enthält auch einen Verweis auf die Einhaltung der Prinzipien des Anti-Bestechungs-Abkommens, der folglich erst relevant wird, wenn dieses Abkommen von den Vereinten Nationen angenommen worden ist.

Die mühsame und nun ins Stocken geratene Entwicklung hinsichtlich der »unerlaubten Zahlungen« zeigt wieder einmal, wie schwierig es ist, bei internationalen Abkommen, die transnationale Unternehmen betreffen, einen Grundkonsens zu erreichen. Dies gilt in besonderem Maße, wenn es um derartig heikle Themen wie die Unterbindung korrupter Praktiken geht, mag eine Reglementierung in Form von »Kodizes« oder »Übereinkünften« rechtlich auch noch so unverbindlich erscheinen. Hinzu kommt, daß mittlerweile die Regierung der USA eine eher ablehnende Position einnimmt, wenn es um die Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten (im umfassendsten Sinne) amerikanischer Unternehmen geht. Der unbefangene Außenstehende könnte somit den Eindruck gewinnen, als handle es sich hier um eine besonders unheilvolle Allianz zwischen hemdsärmeligen Markt-Ideologen und den Staatsklassen der Entwicklungsländer zum Zwecke der Erhaltung des Status quo. Der Verdacht wäre erst dann endgültig ausgeräumt, wenn nach einer Einigung über den Verhaltenskodex der Abschluß des Anti-Bestechungs-Abkommens ernstlich in Angriff genommen würde.

Christian Männicke □

InterAktion: Verbesserte Kommunikation auf höchster Ebene erforderlich — Besorgnis über Rüstungsexport — Protektionismus (4)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 4/1983 S.128f. fort.)

I. Vor der gefährlichsten Situation seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs steht die Welt heute. So jedenfalls die Einschätzung der internationalen Lage durch Leute, die es wissen müssen: 20 Persönlichkeiten aus Ost und West, aus Nord und Süd, die ehemals an exponierter Stelle für die Geschicke ihrer Länder Verantwortung trugen. Sie traten vom 16. bis 18. November 1983 in Wien zur ersten Plenartagung von »InterAktion« zusammen. Es ist dies der »Aktionsrat ehemaliger Regierungschefs für internationale Zusammenarbeit« unter Vorsitz des früheren UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim, dessen Gründung auf eine Initiative von Takeo Fukuda (1976 bis 1979 Ministerpräsident Japans) und Bradford Morse (Administrator des UNDP) zurückging.

Einmütig verabschiedeten die Ratsmitglieder im letzten November eine aus drei Hauptabschnitten bestehende Schlußerklärung, in der Schwerpunkte für die künftigen Aktivitäten von InterAktion gesetzt werden.

II. Im Bereich »Sicherheit und Abrüstung« forderte der Rat alle Parteien, die an Rüstungskontroll- und Rüstungsabgrenzungsgesprächen (insbesondere an den zum Zeitpunkt der Ratssitzung in Genf geführten Verhandlungen) teilnehmen, auf, alle Anstren-

gungen zu unternehmen, um wirksame Übereinkünfte zu erzielen und einen Abbruch dieser Gespräche zu vermeiden. Ferner appellierte der Rat auch an alle Staaten, einer weiteren Ausdehnung der enormen Bestände an konventionellen und nuklearen Waffen Einhalt zu gebieten und wirksame Schritte zu deren Abbau einzuleiten sowie die Rüstungsexporte vor allem in die Entwicklungsländer einzudämmen. Der Rat betonte weiterhin, daß der Friede gefestigt werde, wenn eine Situation hergestellt werden könnte, in der es keine Mittelstreckenraketen in Europa und in anderen Teilen der Welt mehr gebe. Schließlich trat der Rat dafür ein, das Risiko einer durch Zufälle ausgelösten weltweiten Tragödie durch wirksame Maßnahmen und verbesserte Kommunikation auf höchster politischer Ebene zu verringern.

Generell brachte der Rat seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß kleine Länder in den verschiedensten Regionen der Welt in Konflikte verwickelt werden, die die Interessen geographisch entfernter Mächte widerspiegeln und durch diese noch verschärft werden.

III. Ein anderer Hauptabschnitt der Abschlußerklärung befaßt sich mit jenen Gefahren für den Weltfrieden, die von der internationalen Wirtschaftslage ausgehen. Der Rat appellierte an die größeren Industrieländer, durch eine engere Abstimmung ihrer Wirtschafts- und Währungspolitik und durch einen Abbau ihrer Haushaltsdefizite eine Senkung der hohen Realzinsen sowie eine Stabilisierung und Anpassung der Wechselkursrelationen anzustreben und damit zu einer Wiederbelebung der Weltwirtschaft beizutragen.

Der Rat forderte ebenfalls dringende Entlastungsmaßnahmen, um den aufgrund der hohen Verschuldung in vielen Entwicklungsländern entstandenen gravierenden Problemen und der drohenden Zahlungsunfähigkeit vieler dieser Länder entgegenzuwirken. Solche Maßnahmen könnten kurzfristige Zahlungsmoratorien, eine Verringerung der Zinssätze von Krediten, erleichterte Rückzahlungsfristen sowie den vollständigen oder teilweisen Erlaß von Schulden umfassen. Ferner will sich der Rat für eine Aufstockung der Mittel des Internationalen Währungsfonds (IMF) und eine Neufassung der Kreditvergabebedingungen des IMF einsetzen, die künftig stärker die soziale und politische Lage der Empfängerländer in Rechnung stellen sollten.

Die Ratsmitglieder kamen ebenfalls überein, sich für die Einberufung einer internationalen Währungskonferenz einzusetzen, die sich möglichst noch 1984 mit Fragen einer langfristigen Umstrukturierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen befassen und folgende Bereiche miteinander in Beziehung setzen soll: Handel und Marktzugang; Verschuldung der Entwicklungsländer; Haushaltsdefizite der Industrieländer; Stabilisierung der Wechselkurse.

Mit besonderem Vorrang will sich der Aktionsrat auch der Ausarbeitung eines neuen internationalen Verhaltenskodex auf freiwilliger Basis widmen, der zum Abbau von protektionistischen Maßnahmen bei Industrieprodukten, landwirtschaftlichen Produkten und Dienstleistungen führen soll.

IV. Im dritten Hauptteil seiner Erklärung gab der Rat seine Entschlossenheit zu Protokoll, Maßnahmen zur beschleunigten Entwicklung

der Dritten Welt aktiv zu unterstützen. Das Hauptaugenmerk wird dabei auf der Steigerung der öffentlichen und privaten Entwicklungshilfeleistungen und insbesondere der massiven Aufstockung der Unterstützung für die am wenigsten entwickelten Länder liegen. Langfristig will sich der Rat um die Ausarbeitung eines umfassenden Programms verstärkter Entwicklungszusammenarbeit bemühen, das zu einem selbsttragenden Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern führen und diese aktiv an der Wiederbelebung der Weltwirtschaft beteiligen soll. Abschließend brachte der Rat seine Überzeugung zum Ausdruck, daß die Vereinten Nationen bei der Erörterung und Lösung der großen Menschheitsprobleme — Frieden, Abrüstung und weltweite Entwicklung — eine ganz entscheidende Rolle zu spielen haben.

V. Die nächste Plenartagung des Rates wird in der ersten Jahreshälfte 1984 auf Einladung der jugoslawischen Regierung auf der Insel Brioni stattfinden. In der Zwischenzeit werden sich der Exekutiv Ausschuß des Rates und einzelne Mitglieder bemühen, die in der Wiener Abschlußerklärung skizzierten Aktivitäten inhaltlich und politisch voranzutreiben.

An der Wiener Tagung nahmen neben dem Vorsitzenden Kurt Waldheim folgende ehemalige Staats- oder Regierungschefs teil: Takeo Fukuda (Japan), Ahmadou Ahidjo (Kamerun), Kirti Nidhi Bista (Nepal), Jacques Chaban-Delmas (Frankreich), Kriangsak Chomanan (Thailand), Mathias Mainza Chona (Sambia), Jenő Fock (Ungarn), Malcolm Fraser (Australien), Kurt Furgler (Schweiz), Selim Hoss (Libanon), Manea Mănescu (Rumänien), Michael Manley (Jamaika), Hédi Nouria (Tunesien), Olusegun Obasanjo (Nigeria), Misael Pastrana Borrero (Kolumbien), Carlos Andrés Pérez (Venezuela), Maria de Lourdes Pintasilgo (Portugal), Mitja Ribičič (Jugoslawien) und Ola Ullsten (Schweden).

Weitere Mitglieder des Rates sind Giulio Andreotti (Italien), James Callaghan (Großbritannien), Arturo Frondizi (Argentinien), Ahmed Osman (Marokko), Helmut Schmidt (Bundesrepublik Deutschland) und Léopold Sédar Senghor (Senegal).

Hans d'Orville □

Sozialfragen und Menschenrechte

Asyl: Umstrittene Abschreckungsmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland — Besucher aus Genf — Differenzen zwischen Bonn und dem UNHCR nur teilweise ausgeräumt (5)

Ein seit langem geplanter Besuch des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Bonn hat nach einer Verschiebung um drei Monate Anfang Dezember 1983 stattgefunden. Der Däne Poul Hartling lobte den freundlichen Empfang und die ruhigen Gespräche. Er schüttelte die Hände von Kanzler Kohl, Bundestagspräsident Barzel und der Minister Genscher, Zimmermann und Warnke. Das Klima der Beziehungen hat sich wieder erwärmt, aber die Differenzen zwischen dem Hochkommissariat (UNHCR) und der Bundesregierung wurden nicht vollständig ausgeräumt.